

Die verratene Hoffnung: Das Versagen der Meretz-/Rabin- Regierung

Bericht über eine Informationsreise nach Israel/Palästina
im Dezember 1992-Januar 1993
von Alisa Fuss

INHALT

Einleitung

Der Verrat einer Hoffnung – Der Lauf der Dinge

Wer darf deportieren?

Reaktionen

Demo am 26.12.92: „Dieses Verbrechen hätten wir verhindern können“

Sanktionen und Menschenverachtung tragen Früchte

Zum Beschluß, keine Hilfsgüter des IRK oder Unicef zu den Deportierten in den Südlibanon durchzulassen

Meretz – woher – wohin?

„Schritte gegen die Deportation“

Landesweites Treffen von jüdischen und arabischen Rechtsanwälten am 2.1.93

Besuch in einem Flüchtlingslager in Khan Younis (Gaza) am 3.1.93

Women in black – Frauen in Schwarz

Im Zentrum für Rechte und Gesetz in Gaza / Centre for Rights and Law

Besuch bei der Familie Rana Abu Toyours

Bei Kritik: Aufhebung der Immunität?

Proteste auch aus dem „Establishment“

„Drahtzieher im Hintergrund“

Rabins Rechnung ging nicht auf

Einleitung

Dieser Bericht über meinen Aufenthalt in Israel/Palästina im Dezember 1992 und Januar 1993 unterscheidet sich von meinen früheren Berichten. Während ich sonst immer bemüht war, ein möglichst umfassendes Bild von den Problemen in Israel/Palästina zu geben, geht es diesmal fast ausschließlich um die *Deportation der 415 Palästinenser*. Denn dies war das alles beherrschende Thema, das alle anderen Probleme verdrängte und sie als nahezu zwerghaft erscheinen ließ. So werden folgende Themen *nicht* behandelt: die Problematik der Integration der russischen und äthiopischen Einwanderer, die wachsende Kriminalität, wobei Schußwaffen eine immer größere Rolle spielen, die rabiaten Auseinandersetzungen mit jüdisch-religiösen Fanatikern in Jerusalem und der sensationelle Bericht der Vorsitzenden des Rechnungshofes Miryam Ben-Porat, die Stimmenkauf und Spendenunregelmäßigkeiten bei den letzten Knesset-Wahlen angeprangert hat.

Aus *Al-Ha'Mishmar* vom 11.12.92 eine aussagekräftige Umfrage vor der Deportation:

Die Nagelprobe: Wie tief sitzt der Rassismus?

Abraham Burg, Knesset-Abgeordneter [Sohn des ehemaligen Religionsministers und selbst ein Kriegsdienstverweigerer, aktiv in der Organisation „Yesh Gvul“] und heutiger Vorsitzender der Kommission für Erziehung in der Knesset, hat eine Umfrage über das Verhältnis der jüdisch-israelischen Bevölkerung zu den Arabern in Auftrag gegeben:

- 60 % der Befragten meinten, rassistische Übergriffe gegen „Andere“ (hier: Araber) wie in Deutschland passierten auch in Israel.
- 39,4 % sind mit den gewalttätigen Übergriffen auf Araber einverstanden.

Hierzu sagte Abraham Burg: „Der Rassismus und die Fremdenfeindlichkeit in Israel ähneln dem, was sich in Deutschland abspielt.“ Dieser Ausspruch rief Empörung in der Knesset und auch in der Erziehungskommission hervor, so daß A. Burg am nächsten Tag die Äußerung etwas zurücknahm: „Ich hätte den Vergleich mit Deutschland nicht ziehen sollen“, hielt aber weiterhin fest, daß „die Besetzung demoralisiert und kein Volk gegen Rassismus immun ist“.

Yedioth Acharonot 18.12.92: **Rassismus auf Hebräisch – Glosse von Siva Jariv**

Wer ist ein Mensch?	Jedes Wesen, das auf zwei Beinen geht, angezogen ist und ein Jude ist.
Wer ist ein Jude?	Ein Jude ist, wer kein Rassist ist.
Wer ist ein Rassist?	Ein Rassist ist, wer Juden haßt. Wer Araber haßt ist kein Rassist, denn er haßt keine Juden.

Aber der Knesset-Abgeordnete Abraham Burg, so erkannte ich kürzlich, kann kein Hebräisch. Er behauptet, daß es in Israel Rassismus gäbe, weil es Araberhaß gibt. Ich muß mich über Dich wundern, Abraham Burg. Jedes Kind weiß doch, daß Rassisten Leute sind, die Juden hassen, nicht die, die Araber hassen – verflucht sollen sie sein! Wenn der Knesset-Abgeordnete Burg Hebräisch könnte, hätte er begriffen, daß er selbst ein unverbesserlicher Rassist ist. Denn wer Juden verdächtigt, Rassisten zu sein, nur weil sie Araber hassen, haßt die Juden, d.h. er ist selbst Rassist.

Der Verrat einer Hoffnung – Der Lauf der Dinge

Der 9. Dezember 1992 war der fünfte Jahrestag der Intifada. Ein großes Aufgebot von Militäreinheiten war hilflos, als sich die aufgestaute Frustration entlud. Gleichzeitig mit den Massen-Demonstrationen attackierten Palästinenser israelische Soldaten. In 5 Tagen starben 5 israelische Solda-

ten. (Zum Vergleich: in den letzten 5 Jahren wurden in den besetzten Gebieten insgesamt 19 israelische Soldaten getötet.)

Früh am Morgen des 13. Dezember 1992 wurde Nissim Toledano, Sergeant der Grenzpolizei, von bewaffneten Mitgliedern der Hamas (fundamentalistisch-islamische Widerstandsbewegung) mitten in Israel aus der Stadt Lod entführt. Die Entführer verlangten die Freilassung von Scheich Ahmed Yassin, des gelähmten islamischen Führers, der sich nur in einem Rollstuhl fortbewegen kann und eine lebenslange Haftstrafe in einem israelischen Gefängnis absitzt. Die israelische Regierung machte keinerlei Anstalten, sich mit den Entführern in Verbindung zu setzen. Statt dessen wurde über fast die gesamten besetzten Gebiete eine Ausgangssperre verhängt und eine massive Verhaftungswelle eingeleitet. In weniger als 24 Stunden wurden 1.600 Palästinenser verhaftet. Unter ihnen Geistliche, Ärzte, Ingenieure, Sozialarbeiter und alle Dozenten der Islamischen Universität von Gaza. Viele religiöse Moslems wurden verhaftet, die keinerlei Verbindungen zur Hamas unterhalten.

Chadashoth, 17.12.92 – In einem Interview, das kurz vor dem Mord an Toledano veröffentlicht wurde, sprach *Mahmud A-Zahar* aus Gaza, der als inoffizieller Sprecher von Hamas gilt, zum ersten Mal positiv über die Idee einer palästinensischen Autonomie, ebenso über die Möglichkeit, den Jihad (=heiliger Krieg, militärischer Arm von Hamas) zu begrenzen und nur gegen die Besatzung, nicht gegen Israel als solches zu kämpfen.

Chadashoth, 30.12.92

Während der Tage der Entführung von Toledano schlug *Mahmud A-Zahar* vor, den Sergeanten Toledano frei zu lassen, wenn im Gege2nzug eine internationale Ärztekommossion gebildet würde, die den Gesundheitszustand von Scheich Yassin untersuchen soll, um festzustellen, ob er überhaupt noch haftfähig ist. Dieser Vorschlag wurde weder von der israelischen Regierung noch von den Entführern angenommen. Mehr noch, die Entführer ignorierten auch einen Appell von Scheich Yassin im israelischen Fernsehen, den Gefangenen nicht hinzurichten.

Als einige Tage nach Ablauf des Ultimatums die Leiche des entführten Soldaten gefunden wurde, riefen Presse und alle jüdischen Politiker nach Rache; sie überboten sich förmlich in ihren Forderungen. In den Straßen von Lod brüllte der Mob: „Tod den Arabern!“ Wobei gesagt werden muß, daß Lod einer der wenigen Orte in Israel ist, wo Juden und Araber in relativ guter Nachbarschaft zusammenlebten. Tatsächlich waren Übergriffe seltener als bei früheren Unruhen, im Mai 1992 in Bat Yam etwa.

Schließlich wurden 415 angebliche Hamas-Aktivisten deportiert.

Ha'aretz 31.12.92 – **Aus Regierungskreisen**

Der israelische Geheimdienst hatte Rabin auf dessen Anfrage hin nur 7 Namen von Hamas-Aktivisten genannt, die man deportieren sollte. Die Geheimdienstführung war überrascht, als ihr der Regierungsbeschluß bekannt wurde, daß über 400 Menschen deportiert werden sollen.

Die Rechtsanwälte *Avigdor Feldmann*, *Lea Tsemel* und *Rosenthal* riefen sofort das Oberste Gericht in Jerusalem an, um die Gesetzwidrigkeit der Deportation festzustellen – ohne Erfolg.

Am 23.12.92 sprach das Oberste Gericht „Recht“ (im Namen des Volkes!): „Die Deportierten befinden sich auf libanesischem Boden. Israel ist demnach nicht für sie verantwortlich.“

In Israel gibt es keine Verfassung. Deshalb ruft man bei Regierungsentscheidungen, wie z.B. De-

portationen, das Oberste Gericht an, um zumindest eine Verzögerung bei der Umsetzung dieser Entscheidung zu erreichen. Aber das Oberste Gericht hat sich selbst die Hände gebunden, da es sich einmütig den Forderungen der „Sicherheitsexperten“ beugt.

Der ehemalige Oberste Richter *Chaim Cohn* kommentierte: „Der Beschluß ist völlig ungesetzlich und außerdem unmoralisch. Deportation ist nicht weniger grausam als der Tod. Sokrates wollte lieber sterben, als aus Athen ins Exil zu gehen. Sie [die Regierung] deportierten die Menschen an einen Ort, wo nichts ist. Kein Dach, kein Essen. Nichts. Ich traure nicht weniger als der Premierminister mit den jüdischen Familien, die ihre Angehörigen verloren haben. Aber an Menschen ohne Gerichtsverfahren Rache zu nehmen bedeutet, daß man sich die Standards des Terrorismus zu eigen macht.“ Ebenso äußerte sich der *ehemalige Justizminister Zadok* von der Arbeitspartei.

Avigdor Feldmann: „Der oberste Richter Shamgar und andere israelische Richter sind die einzigen auf der Welt, die das ganz klare Verbot von Deportationen in eine Erlaubnis umdeuten konnten.“

Die Tageszeitung *Chadashot* charakterisierte die Lage so: „Das Tragische an der Sache ist, daß nur dieses Kabinett so etwas machen konnte. Der Likud hätte sich vor der linken Opposition fürchten müssen. Wenn aber die Linken in den Regierungssesseln sitzen, gibt es keine linke Opposition, und so können sie sich Ungeheuerlichkeiten erlauben, von denen die Rechten nur träumen konnten.“

Am 6.1.93 schrieb Per-li Shachar in *Al Ha'mishmar*:

Der Justizminister Libai hat gestern die Regierung wegen der Deportation scharf kritisiert. Wie er sagte, ist dies ein gefährlicher Präzedenzfall, nach dem die Befehlshaber in den besetzten Gebieten jeden Palästinenser ohne Anhörung in Autobusse laden und über die Grenze deportieren können.

So führt Israel der internationalen Öffentlichkeit auf dramatische Weise die Rechtlosigkeit der Palästinenser vor! Noch am selben Tag demonstrierten in Gaza israelische Araber gemeinsam mit Palästinensern.

Wer darf deportieren?

Rabin, als Regierungschef *und* Verteidigungsminister, ist absoluter Herrscher und einziger Gesetzgeber in den besetzten Gebieten. Er konnte also neue Gesetze erlassen, die sofort wirksam wurden. Während vorher jede einzelne Deportation vor dem Obersten Gericht verhandelt wurde und der Angeklagte das Recht hatte, angehört zu werden, können jetzt Deportationen *sofort* vollzogen werden, und das Oberste Gericht kann erst *nach* vollzogener Ausweisung und *in Abwesenheit* des Deportierten angerufen werden. Jeder Militärkommandeur kann Gesetze erlassen.

Im israelischen Rechtssystem herrscht ein groteskes Chaos. In den besetzten Gebieten gilt nicht israelisches Recht. Hier wird immer noch ottomanisches, jordanisches, teilweise ägyptisches (in Gaza) und britisches Kolonialrecht angewandt. Die israelischen Besatzer reicherten dieses Gesetzsammelsurium noch mit mehr als 900 Militärverordnungen an. Während Verteidigungsminister Moshe Dayan in der Anfangszeit der Besatzung noch 2.000 Palästinenser ohne jede juristische Beschwerde einfach deportieren konnte, schob der Oberste Gerichtshof 1980 solcher Willkür zunächst einen Riegel vor. Als Verteidigungsminister Ezer Weizmann damals die Bürgermeister von Hebron und Halhoul des Landes verwies, ordneten die hohen Richter die Rückführung der beiden an, weil ihnen das Einspruchsrecht verwehrt worden war.

Trotz der völligen Unterwerfung von Meretz in der Regierung droht Rabin, die Tsomet-Partei und

eine radikal-fundamentalistische religiöse Partei in die Regierung hineinzunehmen. Man spuckt Meretz förmlich ins Gesicht, und sie verhalten sich, als ob es regnet!

Reaktionen

Am 25.12.92 veröffentlicht die Zeitung *Yediot Acharonot* in einer Beilage Interviews von Mitgliedern der linken Meretz-Partei, die wütend gegen die Zustimmung ihrer Abgeordneten zum Deportationsbeschluß protestierten. Die Zeitung hat mit allen 119 Politikerinnen und Politikern gesprochen, die seinerzeit auf der Meretz-Liste kandidierten. Es stellte sich heraus, daß 75 % der Befragten absolut gegen den Deportationsbeschluß sind.

Glosse von Siva Jariv: Die Deportierten (*Yediot Acharonot* vom 25.12.92)

Ausgestoßen und heimatlos sitzen sie eng beieinander, um ihre zitternden Knochen vor der Kälte zu schützen. Die Augen sind gerötet vor Schlaflosigkeit, die Gesichter sind eingefallen und haben Bartstoppeln, die Nasen sind rot. So lungern sie herum im Niemandsland, die Anführer von Meretz, die Verstoßenen, die von den Mitglieder ihrer Bewegung aus ihren Reihen ausgewiesen worden sind. Sie richten ihre Blicke gen Süden und gen Norden – alle Wege versperrt. Man kann nicht zurück – man kann nirgendwohin! Da ihr nichts Besseres einfiel, hat die Regierung die Menschen ohne Gerichtsurteil deportiert, was wirklich eine Erniedrigung und ein Schlag ins Gesicht für alle Menschenrechtsaktivisten ist. Die Rückkehr in die Opposition wiederum, aus Protest gegen die Deportation, die sie selbst befürwortet haben, wäre vielleicht ein Gesichtsverlust, aber ein Witz wäre es schon, wenn auch kein schlechter. So sitzen die gewählten Meretz-Abgeordneten fassungslos, ausgestoßen und verzweifelt im Niemandsland im Sicherheitsstreifen zwischen Regierung und Opposition. Sie können nicht zurück, sie können nirgendwo hin.

Der Deportation war ein kurzer Akt der Regierungsabstimmung vorangegangen, es fand keine Debatte in der Knesset statt, und in den Medien herrschte völliges Stillschweigen – Zensur. Rabin hatte sich wahrscheinlich gedacht, die ganze Sache werde in zwei Stunden erledigt sein. Weihnachtszeit, alle Menschen in den USA sitzen vor den Weihnachtsbäumen oder sind im Urlaub, keine Institution arbeitet – und danach wird es den Deportierten zu kalt sein, sie werden sich verkrümmeln, alles wird seinen gewohnten Gang nehmen. Doch die Anrufung des Obersten Gerichts, 800 Unterschriften von Prominenten gleich am 1. Tag, das Fußvolk von RAZ und MAPAM machten ihm einen Strich durch die Rechnung. Deshalb gibt es keine öffentliche Stellungnahme Rabins ohne wüste Beschimpfungen der Menschenrechtsorganisationen und der Bürgerrechtler. So beschimpfte er etwa die ACRI (Association for *Civil* Rights in Israel): „Der ganze Ärger fing an, als die Association for *HAMAS* Rights in Israel eine Eingabe beim Obersten Gericht machte und so den Libanesen Zeit gab, die Grenzpässe zu schließen.“

Ha'aretz, 29.12.92 – **Leitartikel**

Die UNO ist eine Organisation von selbständigen Staaten. Kein einziger unter ihnen wäre einverstanden, wenn irgendeine Regierung ihren Boden benutzen würde, um dort Menschen abzuladen, die dieser Staat loswerden möchte. Die israelische Regierung, die immer auf ihre Souveränität gepocht hat, kann dieses Recht dem Libanon nicht absprechen. Israel hat den Libanon als Verbannungsort für die Hamas-Aktivisten ausgewählt, nicht mit der Macht eines Rechtes, sondern mit dem „Recht“ seiner Macht.

Ha'aretz, 30.12.92 – **Staatsanwältin Dorit Beinisch**

Sie berichtete dem Justizausschuß der Knesset, daß sie gegen die Deportation der 415 Aktivisten war, weil dieser Schritt ohne Einspruchsmöglichkeit weitreichende Konsequenzen auf das Rechtssystem hat, da die Regie-

rung einfach bestehendes Gesetz geändert hat.

(...) Die bekannte Vorsitzende des Rechnungshofes Miryam Ben-Porat unterstützte die Staatsanwältin Dorit Beinisch.

Besonders unglaublich hat sich Shulamit Aloni von Meretz gemacht. Ein paar Tage vor der Deportation sagte sie noch, sie würde sich vor das Auto werfen, wenn Palästinenser deportiert werden sollten. Nun hat sie auch dafür gestimmt, wie immer, „um Schlimmeres zu verhindern“. Das „Schlimmere“ hatte Rabin so bezeichnet: Todesurteile und noch mehr Häusersprengungen mit Raketen (wie vor kurzem, noch vor den Deportationen, in Gaza).

Andere Abgeordnete von Meretz spielen das Spiel des „sowohl-als-auch“, d.h. sie stimmten für die Deportation und „verstehen sehr gut“ die Kritik. Hauptsache man sitzt in der Regierung!

Doch so viele Turnübungen Peace Now oder Meretz auch machen werden: Entscheidend wird sein, was die USA dazu sagen. Doch Clinton will anscheinend keine endgültige Friedenslösung, sondern den Prozeß möglichst lange hinauszuziehen, um mitzumischen, auch wenn er drei, fünf oder zehn Jahre dauert.

Demo am 26.12.92: „Dieses Verbrechen hätten wir verhindern können“

Am 26.12.92 kam in Tel Aviv die erste Demonstration gegen die Deportation zustande, und zwar von den ursprünglichen Gegnern der Deportation und von Peace Now – die bis dahin auf jede Kritik an der Rabin-Regierung verzichtet hatte –, wenn auch mit unterschiedlichen Standpunkten.

Peace Now: „Bringt Hamas ins Gefängnis – Redet mit der PLO!“ (Was man hinter den Kulissen seit Beginn der Friedensverhandlungen sowieso tut), und die anderen Kräfte: „Bringt die Deportierten sofort nach Hause!“

Auf der Kundgebung in Kälte und Regen sprachen jüdische und arabische Israelis. Der bekannte Dichter *Emile Habibi* sprach vom Präzedenzfall des Massentransfers, ebenso *Beni Templin*. Wenn man dies der Regierung jetzt durchgehen ließe, könnte es täglich wieder passieren. Es hänge wie ein Damoklesschwert über den Palästinensern sowohl in den besetzten Gebieten als auch in Israel selbst.

415 deportierte Palästinenser, vor Kälte fast erstarrt und an Wasser- und Nahrungsmangel leidend, sind ein Kainsmal für die Rabin-Regierung. Ihre Deportation ist ein Verbrechen und verstößt gegen jegliche internationale Norm. Aber es ist auch ein Unglück für die Friedensbemühungen und eine Gefahr für die demokratischen Rechte in Israel. (...) Aus tiefer Besorgnis für die beiden Völker, das israelische und das palästinensische, fordern wir von der Regierung:

- 1) Laßt das IRK den Deportierten Nahrung bringen!
- 2) Bringt die Deportierten in ihre Häuser zurück!
- 3) Beendet das „Freie Schießen“ in den besetzten Gebieten!
- 4) Verhandelt mit der PLO über Frieden!
- 5) Zwei Staaten für zwei Völker!

Flugblatt von PEACE NOW- AktivistInnen bei der Demonstration in Tel Aviv am 26.12.92:

Ihr, die Ihr da oben auf der Bühne (Knesset und Regierung) sitzt, RUNTER MIT EUCH!!

Ihr seid unfähig, für die Menschenrechte und den Frieden einzutreten. (...) Das ist schon das 3. Mal, daß Ihr Euch mit der Regierung solidarisiert. So war es im Libanon-Krieg. So war es beim Massaker der Sicherheits-

kräfte auf dem Tempelberg. Doch diesmal habt Ihr den Bogen endgültig überspannt. (...) Durch Euer Verhalten habt Ihr die Massendeportation erst ermöglicht.

Wir werden Euch nicht mehr als „Trittbrettfahrer“ dulden. (...) Ihr habt keine Prinzipien, kein Rückgrat. So wie Ihr an Euren Stühlen klebt, verzerrt Ihr das Bild des wahren Protestes von Tausenden Eurer Mitglieder und laßt ihre Wut verpuffen. Wir demonstrieren hier und protestieren: Deportation ist ein Verbrechen. Eine Regierung von Deportierern ist eine Regierung von Verbrechern!

Dadurch, daß Ihr auf Euren Stühlen in der Knesset sitzen bleibt, wollt Ihr uns das Recht auf Opposition nehmen. Viele von uns haben Meretz gewählt, sie fühlen sich verraten und verkauft. Die Minister von Meretz haben nicht nur unsere Stimmen gestohlen, sondern unsere Ehre befleckt, denn sie haben ihre Ehre für Sitze in der Regierung verkauft.

Es hat sich wieder einmal erwiesen: Wenn die Regierung Sicherheitsbelange geltend macht, ist sogar bei solch drastischen Maßnahmen die wirkliche Opposition in Israel sehr klein. So mancher mag fragen: „Wo blieb denn die vielgepriesene israelische Opposition?“ Antwort: Sie saß in der Regierung. Man kann sich eben keine Opposition nach Wunsch malen!

Seit die Regierung Rabin ans Ruder gekommen war, waren alle Einwände und Proteste gegen die fortschreitende brutale Unterdrückung in den besetzten Gebieten verstummt. Als Grund gab man an, all diesen Erscheinungen komme angesichts der laufenden Friedensgespräche kein großes Gewicht zu. Tatsächlich aber hat die Rabin-Regierung die Linie ihrer Vorgängerin weiter verfolgt, ohne jedoch mit einer neuen Zielrichtung der Gespräche einverstanden zu sein. Die Ermordung palästinensischer Demonstranten, unter ihnen Kinder und Jugendliche, und die langen Ausgangssperren in Gaza und anderen Orten wurden von der spektakulären Nachricht von der kollektiven Deportation der sogenannten Islam-Aktivisten durch die Rabin-Meretz-Regierung lediglich in den Hintergrund gedrängt

Alle offiziellen Erklärungen, die Maßnahmen sollten nur die radikale extremistische Hamas treffen und die „Gemäßigten“ unterstützen, wir (die Israelis) ließen uns nicht auf die barbarische Stufe unserer Umgebung herab, sind nichts weiter als moralische Heuchelei. Nicht wir können beschließen, wer das palästinensische Volk vertritt, und dies schon gar nicht innerhalb eines Verhältnisses zwischen Eroberern und Eroberten.

Es kam freilich nicht völlig unerwartet – das Wort „Deportation“ lag schon länger in der Luft: In der wöchentlich erscheinenden Literaturbeilage des Ha'aretz vom 25.12.92 etwa stand als Titel: „Eine weite Gegend voller Flüchtlinge – leer von Frieden.“

Leserbrief 27.12.92: Guten Morgen Israel

Guten Morgen Israel. Unsere Soldaten haben in Khan Younis – an einem Nachmittag – sechs Einwohner erschossen, unter ihnen ein 10jähriges Mädchen. Diese Erschossenen werden anonym bleiben. In den meisten Medien wurde nicht einmal ihr Name genannt. Keine Zeitung druckte in ihren Schlagzeilen „kaltblütiger Mord“, wie sie es nach dem Tod des Juden Toledano taten. Unter dem Namen des kleinen Mädchen schrieb keiner das übliche „Frieden sei ihrer Asche“ [auf hebräisch „SAL“ = Abkürzung für „man gedenke seiner/ihrer mit Segen“]. Ein Ausdruck, der – offenbar – nur Juden vorbehalten ist. Der Militär-Kommandeur in Gaza gab bekannt: „Die Soldaten haben sich an die Befehle gehalten. Wir sind verpflichtet, Gesetz und Ordnung aufrechtzuerhalten.“

Dr. Shlomo Rosenbaum-Narkiss

Aus der *Jerusalem Post* vom 29.12.92 – Gestern trugen israelische Araber Nahrungsmittel für die 415 Deportierten zur libanesischen Grenze, sie wurden jedoch vom israelischen Militär zurückgeschickt.

Aus der *Süddeutschen Zeitung* vom 4.1.93: Es war Chaim Weizmann, der, kurz bevor er zum ersten Präsidenten Israels gewählt wurde, sagte: „Ich bin sicher, daß die Welt den jüdischen Staat danach beurteilen wird, wie wir die Araber [Israels] behandeln.“ Der Regierungsbeschluß kann den wahren Interessen Israels nicht dienlich sein. Auf lange Sicht wird diese Vertreibung wahrscheinlich schädlicher für Israel sein als die Invasion im Libanon 1982. Und das nicht nur, weil es sich um eine besonders brutale Maßnahme handelt – man erinnere sich an die Bilder der Palästinenser, die gefesselt und mit verbundenen Augen einen Tag und eine Nacht ausharren mußten, bis man sie in kaltem Wetter auf einer nackten Hügelkette abrud –, sondern auch, weil sie die fast ostentative Gesetzesverachtung der israelischen Regierung demonstrierte. Ein Präzedenzfall, dessen Wahnwitz erst deutlich wird, wenn man ihn auf Mitteleuropa überträgt: Wie denn, wenn Spanien Sympathisanten baskischer Terroristen einfach über die Grenze nach Frankreich abschieben und der Regierung in Paris die Verantwortung für diese Deportierten aufbürden würde?

Sanktionen und Menschenverachtung tragen Früchte

Durch ein ausgeklügeltes System von Sanktionen, Vergeltungen und Kollektivstrafen wurde jeder Palästinenser, der sich weigerte, Werkzeug des israelischen Unterdrückungsapparates zu werden, der versuchte, die eigenen Leute zu organisieren, aufzuklären, zu bilden, zur Selbsthilfe aufzurufen, entweder ins Gefängnis geworfen oder ihm wurde die Arbeitserlaubnis in Israel entzogen oder er wurde des Landes verwiesen.

Es ist nicht unbedingt die Hamas-Bewegung, die eine unwiderstehliche Anziehungskraft auf die palästinensischen Massen ausübt – nicht alle werden über Nacht religiös –, vielmehr geht es hier um das erwachende Selbstvertrauen von Entrechteten.

Für die Israelis ist ein Mord nicht einfach ein Mord, es sei denn das Opfer ist ein Jude. Wo ist die Empörung über die zahlreichen Tode von Palästinensern?

All ihre Hoffnungen und Emotionen sind im eisernen Ring entmenschlichender Frustration gefesselt. Begabungen, Liebe, Musik, Poesie werden vernichtet und zerstört. Wen wundert es, woher der Zorn und die Verzweiflung kommen?! Obwohl ich Gewalt und jeglichen Terror ablehne – von welcher Seite auch immer –, festzuhalten ist doch: Die Palästinenser haben entdeckt, daß ihr Leben, ihr Atem und ihr Herzschlag gleich sind wie die der Besatzer. Sie haben entdeckt, daß die Haut eines israelischen Besatzers nicht mehr wert ist als ihre eigene. Ist die Kugel eines Soldaten die Todesursache, dann ist Rache das überwältigende Verlangen, nicht das Gefühl der Ohnmacht oder Hilflosigkeit wie bei einem natürlichen Tod. Man will zum Gegenschlag ausholen, einen Verlust zufügen, der ebenso schmerzt.

Rabin und die Befürworter der Deportation sagen: „Das ist keine richtige Deportation, der Befehl lautet: Nur für 2 Jahre. Danach können die Menschen ja zurückkehren.“ – Das ist reine Augenscherei!

- 1) Wie, unter welchen Bedingungen können diese Menschen denn zurückkommen? Direkt ins Gefängnis? Gibt es irgendwelche Garantien?
- 2) Die Deportierten haben keinerlei gültige Papiere. Sie sind im wahrsten Sinne des Wortes staatenlos. Sie sind illegal in ein anderes Land gekommen. Wohin könnten sie gehen – ohne Dokumente, die sie ausweisen? Sogar ihre eventuelle Rückkehr ist nicht gesichert, da sie ihre Existenz erst beweisen müßten. Wodurch?
- 3) Die Deportierten müssen gültige Gesetze in anderen Ländern übertreten, denn wie sollen sie für ihren Lebensunterhalt aufkommen? Es bleibt ihnen nichts anderes übrig als straffäl-

- lig zu werden! Muß sich das nicht auf ihre Zukunft auswirken?
- 4) Welchen Repressalien werden ihre Familien ausgesetzt sein? Ohne Beschützer, ohne Ernährer?

Al Ha'Mishmar am 29.12.92:

Der Oberkommandeur von Tsahal, Ehud Barak, sagte in unverhüllt zynischem Ton: „Diejenigen (der Deportierten), die nicht von den Raketenangriffen im Libanon getötet werden und auch nicht durch die Terrororganisationen, die im Libanon operieren, können ja nach 2 Jahren nach Israel zurückkehren.“

Hillel Cohen erklärte in *Kol Ha'ir* vom 25.12.92: Wir erinnern uns an die politischen Erklärungen vor dem Libanon-Krieg (1982): „Sie sind Antisemiten, Judenhasser, und es ist unmöglich, mit ihnen zu sprechen.“ *Roli Rosen* schrieb: „Im Jahr 1982 wurden wie 1992 Terrorakte einzelner genutzt, um einen umfassenden Plan, der schon vorher ausgearbeitet worden war, auszuführen, als ob man nur auf die richtige Gelegenheit und den richtigen Moment gewartet hätte.“ Die momentane Debatte wird nicht zwischen der zionistischen Rechten und der zionistischen Linken geführt, sondern zwischen zwei Fraktionen innerhalb der Linken. Meretz gegen Peace Now und B'Tselem (israelische Menschenrechtsorganisation).

Zum Regierungsbeschluß, keine Hilfsgüter des IRK oder Unicef zu den Deportierten in den Südlibanon durchzulassen:

27.12.92 *Al Ha'Mishmar*: **Überflüssige Härte**

Die Tradition von Tsahal [israel. Armee] erzieht die Soldaten dazu, auch dem verwundeten Feind Hilfe zu leisten. (...) Israel wurde nicht gebeten, dies auch in diesem Fall zu tun, sondern nur, es dem IRK zu ermöglichen, ein von Israel beanspruchtes Gebiet zu durchqueren. (...) Und dabei ist hier nicht einmal die Rede vom verwundeten Feind, sondern von Menschen, die vor keinem Gericht gestanden haben, deren Schuld nicht erwiesen ist und die auf humanitäre Hilfe angewiesen sind. Sie befinden sich in unzureichenden Zelten, ohne Essen, Wasser, Heizmöglichkeiten und Arzneien. All das bei Regen und Schnee, unter 0° C. Die israelische Regierung kann nicht Hokusfokus machen und sie vor der Welt verstecken oder sie in Luft auflösen. (...) So werden wir für ihre Leiden zur Rechenschaft gezogen. (...) Die Sünden der Väter werden über die Kinder kommen – doch nur, wenn die Kinder die Unrechtstaten der Väter fortsetzen.

[Photo:] Gestern im Regen – Die Deportierten bilden die Zahl 799: der Beschluß des Sicherheitsrates der UNO.

Glosse aus *Yediot Acharonot*

Die israelische Armee hat die Konsequenzen aus der nicht so gut verlaufenen Deportation gezogen. Eine Gruppe von Wissenschaftlern arbeitet fieberhaft an der Herstellung von Deportations-Raketen. Die Rakete verfügt über Treibstoff, eine Deportationszelle, in der Fladenbrote, Humus, eine Decke und 50 Dollar sind. Bei der nächsten Deportation werden die Raketen an der Nordgrenze installiert. Die zu Deportierenden werden in die Zellen gebracht und ca. 40 km in den Libanon hineingeschossen. Die Deportierten können nach dem Abschluß der Raketen Einspruch einlegen.

Meretz – woher – wohin?

Es gab eine sehr gute Fernsehsendung: Man nahm einen Wahlspot von Meretz, der ging so: Wer wählt Meretz? Und man zeigte lauter sympathische Gesichter von Jugendlichen, Arabern, Intellek-

tuellen, Männern, Frauen, bis hin zur Großmutter mit Hund etc. Dazwischen aber zeigte man die Lastwagen mit den Deportierten, Nacht- und Nebel-Aktion. Die Palästinenser mit verbundenen Augen und Handschellen in den Bussen, die im Schneetreiben zwischen den Felsen umherirrenden Deportierten, auf die von israelischer Seite geschossen wurde, als sie zurück wollten (Rabins Befehl). Wie sie Regenwasser sammelten, als das Trinkwasser ausgegangen war, usw.

Es war sehr eindrucksvoll und vielsagend, besonders da die Wähler von Meretz sich nun beleidigt fühlen und sagen, wenn wir das gewußt hätten, wäre unsere Wahl anders ausgefallen. Aber wen hätten sie gewählt? Die radikaleren Linken bestimmt nicht. Die hatten nämlich vor Rabin gewarnt. Rabin ist eine militärische Figur und hat immer mit militärischen Mitteln Politik gemacht: Beirut im Sommer das Wasser abdrehen (so im Libanonkrieg 1982), der Befehl zum Knochenbrechen während der Intifada, etc.

Yehuda Litani am 18.12.92 in *Kol Ha'ir*: **So haben wir Hamas aufgebaut**

Seit der Eroberung der besetzten Gebiete hat Israel die islamischen Extremisten gefördert, um die PLO zu schwächen. Jetzt haben die Sicherheitsexperten begriffen, daß der Golem ihnen über den Kopf gewachsen ist.

„Schritte gegen die Deportation“

Unter diesem Motto fand am 28.12.92 eine große Versammlung im Theatersaal von Zawta statt. Es wurden Unterschriften gegen die Deportation und Geld für die Deportierten gesammelt. [Anzeige von B'TSELEM – The Israeli Information Center for Human Rights in the Occupied Territories – in Ha'aretz vom 25.12.1992 unter der Überschrift: „Bringt die Deportierten zurück!“, mit über 400 Unterschriften]

Es nahmen teil: Emile Habibi, Amira Hass, Rasan Al Kativ, Tamar Peleg, Meron Benvenisti, Mordechai Wirshuvski, Dr. Sari Nusseiba, Yael Dayan, Yitzchak Laor, Benyamin Cohn, Avraham Hass. Alle Versammelten waren sich darin einig, daß die Deportation von über 400 Palästinensern in jeder Hinsicht ein unerhörter Akt sei, der zurückgenommen werden müsse. Nicht „nur“, daß er unvorstellbare Leiden für die Betroffenen bringt, unter denen sich Kranke, alte Männer und sogar Halbwüchsige befinden, er ist auch eine Schande für Israel.

Die Menschenrechts-Anwältin *Tamar Peleg* erklärte, da es unmöglich ist, von den Deportierten eine Vollmacht zu bekommen (da sie ja an einen völlig unzugänglichen Ort außer Landes geschafft worden sind), könne sie nicht einmal den minimalen Rechtsanspruch auf Widerspruch gegen die Deportation, den sie nach dem Gesetz *nach* deren Vollzug haben, für sie einleiten.

Hassan Al Khativ, Mitglied der palästinensischen Delegation bei den Friedensgesprächen, sagte, daß vor der Deportation die Mehrheit der Palästinenser für den Friedensprozeß und nur eine linke radikale Minderheit und Hamas dagegen waren. Die PLO hatte scharfe interne Auseinandersetzungen mit Hamas. Jetzt habe die PLO die Mehrheit verloren, denn nach der Massendeportation haben viele den Glauben an die Ernsthaftigkeit des israelischen Verhandlungspartners verloren, besonders da sie große Hoffnungen auf die Meretz-Koalition der Rabin-Regierung gesetzt hatten. Es gäbe praktisch kaum eine arabische Familie, die nicht Angehörige hat, die seit Bestehen des israelischen Staates deportiert wurden und seither in der ganzen Welt verstreut sind.

Meron Benvenisti, ehemaliger stellvertretender Bürgermeister von Jerusalem unter Teddy Kollek und Verfasser vieler wissenschaftlicher Erhebungen über die besetzten Gebiete, und *Mordechai Wirshuvski*, prominentes Mitglied der Partei Shinui (im Meretz-Block) und evtl. Anwärter auf das

Amt des israelischen Botschafters in der Bundesrepublik Deutschland, betonten, der Alptraum der Palästinenser werde nun wahr: Besetzung – Landraub – Transfer. Beide riefen aus: „Kämpfen ohne Atempause, bis alle zurück sind.“

Dr. Sari Nusseiba, prominenter palästinensischer Wissenschaftler aus Ost-Jerusalem, kritisierte vor allem die Art und Weise, in der die Friedensverhandlungen geführt werden: nach Krämer-Art, wie auf einem Bazar nach der Maxime: listig feilschen und den anderen möglichst übers Ohr hauen. Das sei schon allein deshalb unsinnig, weil beide Parteien letztlich hier zusammenleben müssen. Überdies könnten Verhandlungserfolge nur auf der Basis gegenseitigen Vertrauens erzielt werden. Die Deportation wirke hier wie ein Dolchstoß in den Rücken. Und es sei das Schlimmste, ohne irgendeine Zukunftsperspektive zu leben.

Yael Dayan, energische Vertreterin der Friedensbewegung und Mitglied der Arbeitspartei, fragte, warum Meretz nicht ein Minderheitenvotum abgegeben hätte. Sie selbst sei in ihrer eigenen Partei in der Minderheit und lasse sich nicht den Mund verbieten. An Drohungen und Beschimpfungen fehle es allerdings nicht. Früher nannte man sie „PLO-Sprecherin“ – nun werde sie als „ Hamas-“ und „ Terroristen-Sprecherin“ gebrandmarkt. Aber, sagte sie, so what?

Benyamin Cohn befürchtete, wenn Israel so weiter mache, werde das palästinensische Volk zum messianischen Zeitpunkt eines Friedensabkommens nur noch aus Krüppeln mit gebrochenen Knochen, durch Reizgas, Gummigeschosse und Kugeln Verletzten, in alle Winde zerstreuten und verschleppten Familien und durch Schikanen entwürdigten Menschen bestehen.

Konkrete Vorschläge kamen von *Amira Hass*, Journalistin von Ha'aretz für die besetzten Gebiete und Mitglied der Organisation Kav La'oved, und von *Uri Avnery*, dem prominenten Verfechter der Zwei-Staaten-Lösung und der Zusammenarbeit mit der PLO. Amira schlug vor, daß 60 % der Böden im Gaza-Streifen, wo Israel massiv neue Siedlungen plant, für die Entwicklung der Palästinenser bereitgestellt werden müßten. Uri Avnery forderte wegen der außergewöhnlichen Lage nach der Deportation eine gleichfalls außergewöhnliche Aktion: Ein Zelt vor der Knesset aufzustellen, unter denselben Bedingungen wie die der Deportierten im Südlibanon: ohne Heizung, Essen etc., mit möglichst vielen prominenten Israelis, und sei es, daß manche von ihnen nur für Tage oder Stunden teilnähmen, insgesamt jedenfalls aber so lange, wie die Deportierten dort im Norden unter diesen Bedingungen leben müssen. Natürlich müßten alle Medien verständigt werden.

Erst am 13.1.93 wurde der Vorschlag von Uri Avnery endlich in die Tat umgesetzt:

Ha'aretz, 14.1.93 - Yossi Torfstein: **„Deportierten-Zelt“ in Jerusalem**

Der Beschluß des jüdisch-arabischen Komitees für Frieden von Tira am 28.12.92 wurde am 13.1.93 endlich in die Tat umgesetzt. „Ich bin der Deportierte Nr. 417“ stand auf einem der Plakate, in kleiner Abänderung des Lieds von Machmud Darwish. Über dem symbolischen Deportationszelt, das vom Komitee gegen die Deportation vor dem Regierungssitz von Rabin im Beisein der Medien aufgestellt wurde, wehten schwarze Fahnen. „Es war ein schwarzer Tag für die Demokratie und die Menschenrechte in den besetzten Gebieten“, war die Erklärung. Uri Avnery sprach von einer monumentalen Dämlichkeit und seinem Unverständnis für den Beschluß der Meretz-Regierungsmitglieder. „Ein tödlicher Schlag gegen das Friedenslager in Israel“.

Nach Uris Worten ist diese gemeinsame jüdisch-arabische Geste ein Versuch, in der Öffentlichkeit die Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen. Der Historiker Benyamin Cohn von der Universität Tel Aviv gab bekannt, daß dort 3.000 Studenten, Professoren und andere Bürger einen Aufruf gegen die Deportation unterschrieben haben. Die Initiatoren wollen das Zelt rund um die Uhr besetzt halten und Anfang nächster Woche über weitere Schritte beraten.

Am 16. Januar 1993 beschlossen sie als weitere Maßnahme einen Hungerstreik und eine Pressekonferenz für den 17. Januar, an der auch die Familienangehörigen der Deportierten teilnehmen sollen.

Meretz will nun wieder an Boden gewinnen, indem sie fordern, daß Rabin mit Feisal Hussein und Hannan Ashravi sprechen soll. Aber das passiert ja sowieso und könnte auch als Manöver gewertet werden, um Verhandlungen mit den örtlichen Vertretern der PLO aus dem Weg zu gehen. *Haider Abdel Shafi*, ebenfalls Ratgeber von Arafat, verlangt demgegenüber, daß Rabin sich mit Arafat treffen soll. Das wäre die richtige Ebene. Doch in den besetzten Gebieten reißt den Menschen langsam aber sicher die Geduld.

Yedioth Acharonot, 18.12.92: Motti Kirschenbaum

Der Staat Israel hat keine Grenze. Er hat einen Sicherheitsstreifen im Norden (auf libanesischem Boden) und einen langen Zaun. (...) Im Gegensatz zu den allgemein üblichen Begriffen, mit denen man einen Staat beschreibt, – „Territorium“ und „Volk“ – begnügt sich Israel mit der einen Hälfte, nämlich dem „Volk“ allein – wobei allerdings sogar dieser Begriff umstritten ist. Der Staat Israel hat keine Grenze, aber er hat eine Grenzpolizei. Diese Grenzpolizei sorgt für die Sicherheit in Jerusalem, in Tel Aviv, in Lod und überhaupt an jedem Ort in Israel, wo sich eine „Grenze“ befindet. Wenn es denn aber keine Grenzen an den Rändern des Staates gibt, sondern die Grenze überall mitten unter uns ist, dann ist klar, daß diese barbarische Grenze ihre Opfer fordert. (...)

Baller-baller, bum-bum (Eine Glosse in derselben Angelegenheit)

Arik Sharon will eine nationale Koalitionsregierung für den Kampf gegen den Terror aufstellen. Laßt ihn! Keiner ist wie er Fachmann für die endgültige Auslöschung der PLO. Schon einmal, in den 50er Jahren, hat er sie völlig ausgelöscht. Dann endgültig im 6-Tage-Krieg, dann schließlich in den 70er Jahren in Gaza und 1982 in Beirut. Damals dann wirklich endgültig. Wenn ich Rabin wäre, würde ich nicht einen Tag warten und Arik Sharon seine Sache machen lassen.

2.1.93 Landesweites Treffen von jüdischen und arabischen Rechtsanwälten, arabischen Bürgermeister und Bezirksräten aus Israel (ohne die besetzten Gebiete) in Shefar-Am (arabische Stadt in der Nähe von Haifa)

Anwesend etwa 50-60 Personen, überwiegend Männer. Thema: die Massendeportation. Es war eine Initiative der arabischen Rechtsanwälte und Bürgermeister in Israel, mit dem Ziel, eine gemeinsame jüdisch-arabische Aktion gegen Deportationen ins Leben zu rufen. Denn dies sei nicht die erste Deportation und würde wohl auch nicht die letzte sein.

Die Rechtsanwälte gehörten einem großen politischen Spektrum an. Der Bürgermeister (Arbeitspartei) eröffnete: „Diese Massendeportation weckt schmerzhaft Erinnerungen an 1948.“

Scheich Riad Salah aus Um-el-Fahem äußerte sich wie folgt: Einem Verdächtigen muß seine Schuld vom Gericht nachgewiesen werden und nicht, wie in diesem Fall, umgekehrt. Noch schlimmer ist es, wenn es sich, wie hier, um eine große Gruppe handelt, die als ganze verteufelt wird. Israel hat in seiner Unabhängigkeitserklärung die freie Religionsausübung versprochen, jetzt aber 3 Universitäten geschlossen. Unter den Deportierten befinden sich 30 Männer mit einem Dokortitel, Forscher, Lehrer, Ärzte, Historiker und Schriftsteller. Bei der „Nacht- und Nebel-Aktion“ hat es, wie Rabin zugab sogenannte „Irrtümer“ gegeben. 15 Männer wurden noch an der Nordgrenze wieder aus den Bussen geholt und schnell durch andere ersetzt, die in Hubschraubern dorthin gebracht worden waren. Man hatte nämlich alle Männer mit langen Bärten (= Islam) gefaßt – und trotzdem (oh Wunder!) befanden sich Christen unter ihnen! Es war ein bitteres Gelächter! Außerdem: Immer wird nur von der Zahl 415 gesprochen, doch damit sind zugleich über 4.000 Angehörige ohne Er-

nährer!

Lea Tsemel (israel-jüdische Rechtsanwältin): Was wir immer vor Augen haben müßten, ist das *Zusammenleben* der beiden Völker. Doch die Geschichte der Deportationen ist lang:

1947-48 deportierte Rabin die arabische Bevölkerung aus den Städten Lod und Ramleh.

1967 Nach dem 6-Tage-Krieg wurden Zehntausende nach Jordanien deportiert.

1968-69 wurden wieder Tausende aus den besetzten Gebieten einfach bis an die Grenze gebracht und mit vorgehaltenen Gewehren gezwungen, hinüberzugehen.

1973-74 wurde die ganze Angelegenheit zum System. Jeder Palästinenser, der irgendwelche Führungsqualitäten zeigte, sei es als Lehrer, Gewerkschafter o.ä., wurde mit einem Hubschrauber über die libanesischen Grenze gebracht und dort abgesetzt.

1978 erfolgten die ersten Hilferufe an das Rote Kreuz. In Israel wurde eine Kommission eingesetzt, die die „Legalität“ der Deportationen nach den „Sicherheitsgesetzen“ – Defense regulations – prüfen sollte. Ein Einspruch beim Obersten Gericht war möglich.

Seit 1980 wurde es für die israelischen Behörden immer schwieriger, zu deportieren. Die Rechts-

anwälte riefen immer das Oberste Gericht an. Dieses gab zwar im Endeffekt stets dem Verlangen der Sicherheitsbehörde nach, aber man gewann Zeit und oft dauerte

erte

so eine Prozedur bis zu einem Jahr. Wenn es sich um Deportationen nach Jordanien handelte, urteilte das Gericht zynisch: „Wir schicken ihn ja nicht in die Fremde, sondern nach Hause.“ Eine Anspielung darauf, daß die besetzten Gebiete vormals unter jordanischer Herrschaft standen.

Trotz aller Bemühungen der Rechtsanwälte gingen die Deportationen weiter. Israel hat die Genfer Konvention unterschrieben und behauptet, alle Artikel einzuhalten außer dem, der Deportationen betrifft. Dies stimmt schon deshalb nicht, weil die israelische Regierung Häuser sprengen läßt und andere Kollektivstrafen verhängt – das sind klare Verstöße gegen die Genfer Konvention. Was das Verbot von Deportationen angeht, so ist Israel der Meinung, daß sich das Verbot in der Genfer Konvention lediglich auf (Nazi-) Deportationen beziehe, die zur Ermordung der Deportierten führ(t)en.

Die Rechtsanwältin *Linda Brayer* aus Jerusalem hält das ganze Verfahren dieser Massendeportation für illegal, da das verbrieftete Recht, von einem Gericht angehört zu werden, außer Kraft gesetzt wurde. Schlimmer noch: es wurde noch in der Nacht ein neues Gesetz durchgepeitscht, das diese Deportation ermöglichte. (Der Justizminister kam erst 10 Minuten vor der Sitzung und wurde von Rabin schnell noch notdürftig unterrichtet. Auch der Justiz-Staatssekretär war an den Vorbereitungen nicht beteiligt. Die Oberste Staatsanwältin Beilisch, die mit dem Beschluß nicht einverstanden war, weigerte sich, die Forderung der Regierung vor dem Obersten Gericht zu vertreten, und die Vorsitzende des Rechnungshofes Ben-Porat unterstützte sie hierin.)

Weiter berichtete *Lea Tsemel*, sie habe die ganze Nacht vom 16. auf den 17. Dezember 1992 am Telefon verbracht, da bekannt war, daß die Regierung etwas „Großes“ vorbereite. Sie erfuhr dann von Freunden und Freundinnen von Meretz, daß diese zwar unterrichtet waren, aber Stillschweigen sowie Stillhalten versprochen hatten. Im Gegenzug habe Rabin versprochen, nach der Massendeportation keine Häusersprengungen mehr vorzunehmen, und gab Zusicherungen dafür, den Frie-

densprozeß weiter voranzutreiben.

Alle Anwesenden stimmten darin überein, nicht für jeden einzelnen der Deportierten Eingaben beim Obersten Gericht zu machen. Dies könne Rabin nur recht sein, denn dann würde vielleicht in 30-40 Fällen den Eingaben stattgegeben werden, der Rest aber bliebe draußen, und so hätte die Deportation einen rechtmäßigen Anstrich, was doch gerade nicht geschehen dürfe.

Zum Schluß wurde auf Anraten von Rechtsanwalt *Abdel Malik Dahamsche* und anderen eine Kommission von Rechtsanwälten/innen gewählt, die alle weiteren Schritte koordinieren soll.

Jerusalem Post, 4.1.93 – Michal Judelman: **Frostiger Empfang für die Meretz-Minister**

Zu dieser Veranstaltung in Jerusalem-Zentrum im Sokolov-Haus ging ich auch, um die Erklärungen der Meretz-Minister zu hören, nachdem die eigene Basis sie wegen des Deportationsbeschlusses so vehement angegriffen hatte. Schon draußen auf den Stufen vor dem Eingang war eine Gruppe von Protestierenden, die die Rücknahme des Beschlusses forderten, mit Transparenten wie „Meretz = Rabins Schoßhunde“, „Ein Käfig von Bunies“, „Meretz-Minister, habt Ihr den Verstand verloren?“

Shulamit Aloni, Amnon Rubinstein und Yair Tsaban hatten einen schweren Stand, da ihnen die ganze Zeit Protestrufe entgegenschallten. Die Redner aus dem Publikum waren mit einer Ausnahme gegen die Deportation. Von den drei Abgeordneten war es nur Shulamit Aloni, die zugab, daß sie sich evtl. geirrt haben könnte, was sich in Bälde herausstellen würde. Die beiden anderen blieben fest bei ihrem Beschluß. Allerdings lehnten die meisten der Deportationsgegner ein Mißtrauensvotum gegen ihre Delegierten ab und betonten auch deren richtige Aktivitäten in der Vergangenheit, forderten jedoch für die Zukunft mehr Rückgrat ein.

Die Meretz-Jugend warf den Meretz-Abgeordneten vor: „Ihr habt total versagt!“ Auf die Aussage von Meretz-Mitgliedern, daß die Deportation vielleicht ein Fehler war, aber die Rücknahme der Deportierten ein noch größerer Fehler wäre, erwiderte die Meretz-Jugend: „Zählt bei den nächsten Wahlen nicht auf uns!“ Sie nennen sich jetzt „Meretz-Programm-Jugend“, was heißen soll, daß die Meretz-Führung ihr Programm aufgegeben hat und sie, die Jugend, sich weiter zu diesem Programm bekennt.

Besuch in einem Flüchtlingslager in Khan Younis (Gaza) am 3.1.93

Nach Khan Younis, wo nach langer Zeit die Ausgangssperre wieder aufgehoben worden war, fuhr ich mit der Leiterin der Organisation „Frauen für politische Gefangene“ und einer Frauendelegation aus Italien von der Organisation „Kinder der Oliven“. Diese italienische Organisation „adoptiert“ quasi palästinensische Kinder aus armen Familien und sendet eine monatliche Unterstützung. Fünf dieser „Patenkinder“ aus verschiedenen Familien besuchten wir.

Was einen vom ersten Moment an bedrückt, ist die fürchterliche Armut. Die Dächer sind aus Wellblech (im Sommer glühend heiß, im Winter eiskalt) und liegen nicht direkt auf den Wänden auf, sondern lassen einen Spalt frei. Fenster sind da, aber nicht verglast, d.h. es sind einfache Maueröffnungen. Die Kinder sind fast alle barfuß, was in der Winterkälte und dem aufgeweichten Matschboden nicht angenehm sein muß. Einem kleinen Kind fehlen drei Finger an der Hand. Als herumkrabbelnder Säugling soll ein Soldat ihm, wahrscheinlich aus Versehen, mit seinen Stiefeln auf das Händchen getreten haben. Dieser Familie ist das Haus von der Armee zerstört worden. Nun hausen sie daneben in einer Art Behelfshütte. Das größere Mädchen der Familie führte uns zum zerstörten Haus, dessen Wände z.T. noch stehen. „Hier war unser Kinderzimmer, hier war die Küche, hier schliefen unsere Eltern...“ Dies alles aus Kindermund zu hören angesichts der armseligen Ein-Zimmer-Hütte, die jetzt ihr Zuhause ist, ging uns Besuchern sehr nahe. „My home is my castle

– Mein Haus ist meine Burg“: Hier gilt das nicht!

Wir besuchten auch die ehemalige Gefangene Fatma Abu Bakra mit ihren beiden kleinen Kindern in ihrem „Haus“ (winziges Zimmer). Sie hat 5 Jahre von einer 7-jährigen Haftstrafe abgesessen. Man hatte damals in ihrem Haus Waffen gefunden, ihren Mann an einen Baum gebunden und erschlagen. Sie war bei der Vernehmung sexuellen Angriffen ausgesetzt, wagte aber nicht, ihrem Rechtsanwalt, einem Mann, davon zu erzählen. Erst als sich Lea Tsemel, die bekannte jüdische Anwältin, um sie kümmerte, erzählte sie ihr, was sie bei den Verhören zu erdulden hatte. Die Anwältin drohte, in dieser Angelegenheit bis zum Obersten Gericht zu gehen. Als Preis für ihr Schweigen erließ man Fatma 2 Jahre Haft. Die italienischen Frauen ließen für Fatma Geld da, damit sie noch ein kleines Zimmer anbauen lassen kann.

Women in black – Frauen in Schwarz

Frauen in Schwarz ist eine unabhängige Bewegung von Frauen, die an vielen Plätzen in ganz Israel jeden Freitag von 13-14 Uhr Mahnwache stehen. Damit protestieren sie gegen die Besatzung und die damit verbundenen Grausamkeiten. Die schwarze Kleidung der Frauen symbolisiert die Tragödie beider Völker, des israelischen und des palästinensischen. Sie halten symbolische „Hände“ hoch, mit der Aufschrift „Stoppt die Besatzung“ auf hebräisch, arabisch, englisch, französisch und russisch. Auch in anderen Ländern haben sich solche solidarischen Gruppen gebildet, die gegen Krieg, Gewalt und Rassismus in ihrem Teil der Welt protestieren.

Als ich an zwei Freitagen ebenfalls mit den *Frauen in Schwarz* in Jerusalem stand, bekamen alle Frauen – wie immer seit 2 Jahren – von einem treuen Verehrer eine rote Rose geschenkt. Freitag, der 8.1.93, war anlässlich des 5. Jahrestages der *Frauen in Schwarz* ein besonderer Aktionstag der *Frauen und Frieden*. Das Wetter war scheußlich: es wehte ein eisiger Sturmwind mit Schnee und Graupel und die Temperatur lag bei 1°C. Am Vormittag fand in einem großen Saal eine jüdisch-arabische Versammlung mit ca. 200 Frauen statt. *Zahira Kamal* von den *Women's Action Committees* sprach auch. Alle kritisierten die sogenannten Friedensgespräche in ihrer jetzigen Form, die keinerlei Fortschritt brachten.

Danach gingen alle zum gewohnten Treffpunkt der *Frauen in Schwarz* und standen dort tapfer in dem Unwetter und unter den üblichen Beschimpfungen der vorbeifahrenden Autofahrer: „Arafats Huren“, „Araber-Liebchen“... Die anschließende Demonstration war verhältnismäßig klein, der eisige Sturmwind blies uns fast um.

Im Zentrum für Rechte und Gesetz in Gaza / Centre for Rights and Law

Das *Zentrum für Recht und Gesetz in Gaza* arbeitet eng mit der *Israelisch-palästinensischen Ärzteorganisation für Menschenrechte* (PHR) zusammen.

Vorsitzende sind die Rechtsanwältinnen *Raji Sourani* und *Douglas Ierley*. Sie erzählen: Der Dezember 1992 zeichnet sich durch Deportationen und Massenverhaftungen aus. Zwischen dem 1. und dem 31. Dezember 1992 wurden 17 palästinensische Zivilisten durch die israelischen Sicherheitskräfte getötet. Sieben von diesen 17 waren Jugendliche. Alle 17 wurden oberhalb der Hüfte mit richtiger Munition und nicht von Gummi-Geschossen getroffen. 9 von 17 waren entweder nur Zeugen von Demonstrationen oder gingen einfach auf der Straße, um einzukaufen etc. Die israelischen Sicherheitskräfte benutzten weitreichende Scharfschützen-Gewehre, in einigen Fällen schossen sie aus militärischen Stellungen heraus, um Demonstrationen aufzulösen. Die Anzahl der Tötungen und

Verletzungen im Dezember 92 ist die höchste verglichen mit den monatlichen Zahlen der letzten 2 Jahre.

Die 17 Getöteten waren:

Amer Yusef Mustafa Abu Sharkh, 12 Jahre alt, aus Sheikh Radwan; ihn traf eine Kugel in die Brust, als er mit seiner Mutter einkaufen ging.

Khalid Hassan Mustafa al-Ustaz, 21 Jahre alt, ebenfalls aus Sheikh Radwan; erhielt 3 Schüsse in die Brust während einer Demonstration.

Issam Barbakh, 17 Jahre alt, aus Sheikh Younis; bekam einen Schuß in den Magen, als er auf dem Schulhof stand.

Naji Abdel Karim Abu al-Naja, 15 Jahre alt, aus Rafah; wurde in den Rücken geschossen, als er auf der Straße ging – es fand keine Demonstration statt.

Khalid Muhammad al-Askari, 28 Jahre alt, aus dem Jabalia-Flüchtlingslager; er wurde während einer Demonstration dreimal in den Oberkörper getroffen.

Sha'aban al-Abd Abu Ayada, 22 Jahre alt, aus dem Nuseirat-Flüchtlingslager; er wurde während einer Demonstration in die Brust geschossen.

Rana Abu Toyour, 10 Jahre alt, aus Khan Younis; sie ging Milch holen, als sie in die rechte Seite geschossen wurde.

Rizik Salah al-Fara, 19 Jahre alt, aus Khan Younis; wurde in den Kopf geschossen, als er einer Demonstration vom Balkon aus zusah.

Wa'il Muhammad al-Qaiysi, 20 Jahre alt, aus Khan Younis; wurde während einer Demonstration in die Brust geschossen.

Maher Salam Imran, 24 Jahre alt, aus Khan Younis; wurde während einer Demonstration in den Kopf geschossen.

Adel Fowaz Abu Hadyed, 27 Jahre alt, aus Khan Younis; wurde in die Brust geschossen, als er einer verwundeten Person zum Krankenwagen half.

Naji Sha'aban al-Najjar, 16 Jahre alt, aus Khan Younis; während einer Demonstration in den Rücken geschossen.

Muhammad Salem Musallem Abu Mousa, 20 Jahre alt, aus Khan Younis; während einer Demonstration in die Brust geschossen.

Aiyman Sobhei Mousa Amer, 11 Jahre alt, aus Khan Younis; wurde in die Brust geschossen, als er auf der Straße ging.

Ismail Khanis Abdeen, 27 Jahre alt, aus Khan Younis; wurde in die Brust geschossen, als er während einer Demonstration auf dem Dach seines Hauses stand.

Muhammad Khanis Abdeen, 30 Jahre alt, aus Khan Younis; wurde in den Kopf geschossen, als er seinem Bruder zu Hilfe kommen wollte.

Muhammad Hussein Ali Za'atr, 15 Jahre alt, aus dem Küsten-Flüchtlingslager; wurde, als er auf dem Dach einer Krankenstation stand, in die Brust geschossen.

Jerusalem Post, 1.1.93

B'Tselem gab bekannt, daß im vergangenen Monat eine radikale Verschlechterung der Bürgerrechtssituation in den besetzten Gebieten stattgefunden hat. Im Dezember 1992 war über die 100.000 Bewohner von Khan Younis eine 18-tägige Ausgangssperre verhängt worden und 23 Personen wurden deportiert. Von den 11 Personen, die bei Zusammenstößen mit dem Militär getötet wurden, waren 4 Kinder (s.o.). Allein 7 wurden in der Stunde nach Aufhebung der Ausgangssperre getötet.

Besuch bei der Familie Rana Abu Toyours

Das Haus der Familie der getöteten kleinen Rana Abu Toyour im Bezirk Al-Katibe in Khan Younis ist das elendeste, das ich je gesehen habe. Die Wände voller Schimmel. 2 Zimmer und eine Nische. 4 kleine Kinder schlafen mit den Eltern in einem Zimmer. Die Matrasen sind jetzt am Tage aufeinandergeschichtet. In der Nische schlief Rana mit ihrer Schwester. Verschiedene Kinderjacken hängen an Nägeln, die in die Wand geschlagen sind. Die grüne Jacke von Rana fehlt. Sie liebte sie so sehr, daß sie in ihrer grünen Jacke begraben wurde. Hier ist noch ihre Schultasche. Tarwat, ihr Vater, holt mit zitternder Hand ein Heft heraus. Mit wunderschöner Schrift hatte Rana ein Gedicht des Dichters Al-Aesche abgeschrieben. Die Überschrift mit Rotstift, den Text in dunkelblau. Das grüne Heft hatte sie von der UNWRA. Die Eintragungen tragen ein Datum einige Tage vor ihrem Tod. Rana war 10 Jahre jung. Ein Flüchtlingskind mit schwarzen Haaren, das einmal Rechtsanwältin werden wollte. Die Mutter Subchia sagt, daß sie sich auf Rana immer am meisten verlassen konnte. Deswegen habe man gerade sie geschickt, einen viertel Liter Milch für den kleinen Bruder zu holen, als die Ausgangssperre am 19.12.92 für kurze Zeit aufgehoben wurde. Einen kleinen Aluminiumtopf – die Eltern zeigen ihn mir – gab man ihr in die eine Hand, in die andere eine Halbschekel-Münze. So ging sie auf die Straße. Einige Minuten später hörte man Schüsse. Eine Nachbarin kam aufgeregt ins Haus gelaufen: „Eure Rana ist verletzt.“ Als die Nachbarin das Haus verließ, hörte sie, daß auch ihr Sohn erschossen worden war. Doch das ist eine andere Geschichte. Tarwat und Subchia, also der Vater und die Mutter von Rana, rannten hinaus, um zu sehen, was mit Rana geschehen war. Sie lag auf der Straße und das Militär ließ zunächst niemanden an sie heran. Schließlich gelang es doch, zu ihr vorzudringen. Die Gedärme hingen heraus. Ein Seitenschuß. Nur der Tod war noch festzustellen. Keine Handgranate, keinen Brandsatz und keinen Stein hatte sie in den Händen – nur das Aluminiumtöpfchen und die Münze. So wurde Rana getötet.

Bei Kritik: Aufhebung der Immunität?

Der arabische Knesset-Abgeordnete Hashem Machamid sagte nach einem Solidaritätsbesuch bei Familien in Gaza, der mit einer großen Demonstration unter den Augen des Fernsehens endete: „Die Palästinenser sollten gegen die Besatzung kämpfen – mit allen Mitteln, nicht nur mit Steinen.“ Das löste in der Knesset einen Sturm aus. Machamid bestritt, militärischen Widerstand gemeint zu haben, betonte aber nochmals in der Knesset: „Jedes unterdrückte Volk hat das Recht, für seine Freiheit zu kämpfen.“

Al Ha'Mishmar, 5.1.93 – Jakov Lasar

Die Kommission der Knesset hat beschlossen, vorzuschlagen, die Immunität des Abgeordneten Hashem Machamid [Araber, Liste Chadash = Kommunisten] für 3 Monate auszusetzen. Als Reaktion darauf sagte Machamid, dies sei ein Racheakt mit rassistischem Beigeschmack und ziele darauf ab, einen linken Politiker mundtot zu machen. Machamid wiederholte das, was diesen Sturm hervorgerufen hatten, nochmals vor der Knesset: „Die Besatzung ist illegal. Die Palästinenser werden von Israel unterdrückt, und wie jedes andere Volk in dieser Lage haben sie das Recht, sich zur Wehr zu setzen.“ Der Knesset-Abgeordnete Daraushe (Arabische Demokratische Partei) nannte den Beschluß unglücklich und schändlich. Der Abgeordnete Chaim Cohen von Meretz nannte den Beschluß einen politischen Racheakt. Artikel 9a des Immunitätsgesetzes besagt, daß eine Verordnung, die den Zugang zu irgendeinem Ort im Land verbietet, für ein Knessetmitglied nicht gilt, es sei denn, aus Sicherheitsgründen. Doch gerade diese Freiheit, herumzureisen, soll Machamid für 3 Monate genommen werden.

Proteste auch aus dem „Establishment“

Am 7.1.93 fand in Jerusalem eine Veranstaltung der geistig-politischen Elite – wenn man sie so nennen will – gegen die Deportation statt. Unter den Rednern traten besonders hervor: *Jehuda Elkana* und der Rechtswissenschaftler *Mordechai Kremnitzer*. Letzterer war einmal Staatsanwalt beim Militär; er rollte den Fall vom Standpunkt der Gleichheit vor dem Recht auf. Die Gesprächsleitung hatte *Michal Samura-Cohn*, die Frau des ehemaligen Obersten Richters Chaim Cohn.

Ma'ariv, 30.12.92

Am 29. Dezember 1992 hat der sephardische Oberrabbiner Mordechai Eliyahu erklärt, daß man verpflichtet sei, den Deportierten humanitäre Hilfe zu gewähren. „Wenn sie Kleidung und Decken brauchen, Nahrung etc., müssen wir ihnen als bedürftigen Personen helfen, egal ob sie Juden sind oder nicht. Sogar dann, wenn dieser Akt mißverstanden werden kann.“ Er kritisierte die Regierung auch dafür, daß sie sich nicht mit den Oberrabbinern beraten hat, bevor sie die Deportation beschloß.

Sogar der Bürgermeister von Tel Aviv, Reserve-General *Shlomo Lahat*, Mitglied des Likud, verurteilte die Deportationen.

In einer populären Talkshow griff *Professor Leibowitz*, mit seinen 90 Jahren ein unverwechselbarer Mann, die Meretz-Minister an – er nannte sie „Lumpenpack“ –, und rief die Soldaten ein weiteres Mal dazu auf, den Militärdienst in den besetzten Gebieten zu verweigern.

Die sogenannten „Sicherheitskräfte“ seien eben nicht nur für die Sicherheitsbelange des Staates da, sondern auch zum Schutz der Mächtigen und der Nutznießer der Besatzung. Und dazu gehören viele, viele Israelis. Darum sollte man/frau bei dem Zorn auf Polizei und Militär nicht vergessen, daß diese nur ein Instrument sind. Hinter der Brutalität von Polizei und Militär stehe die wirtschaftliche und politische Brutalität der Besatzungssituation an und für sich, und diese gelte es zu beenden, alles andere seien, um es medizinisch auszudrücken, mehr oder weniger palliative Maßnahmen, die nicht zu einer Heilung führen werden.

„Drahtzieher im Hintergrund“

Wie man einst – solange der Ostblock als Machtblock bestand – alle Befreiungsbewegungen, Massenstreiks und Aufstände als von Moskau gelenkt dargestellt hat, versucht man heute den Menschen weiszumachen, ohne organisierte Drahtzieher gäbe es keine Hamas-Bewegung in Israel und den besetzten Gebieten.

Rabin tritt die Flucht nach vorn an, um der Kritik der Weltöffentlichkeit zuvorzukommen. Täglich wird im israelischen Fernsehen behauptet, das Hauptquartier der Hamas liege in den USA, dort säßen die Drahtzieher des Terrorismus. Die USA sitzen auf der Anklagebank, weil sie dies angeblich auf ihrem Territorium gestatten. Nicht nur der Terrorismus in Israel, auch die Überfälle auf Touristen in Ägypten gingen auf das lasche Vorgehen der USA zurück. Im Fernsehen werden Schautafeln mit Pfeilen und Querverbindungen gezeigt, die dem Ganzen einen „seriösen“ Anstrich geben. Hauptfeinde sind also nicht nur Saudi-Arabien, Iran und Irak, sondern gleichermaßen die USA. Nach dem Zerfall des Ostblocks müssen eben neue Buhmänner gefunden werden, und die Welt sollte Israel danken, daß es die Vorhut im Kampf gegen den islamischen Fundamentalismus ist. Tatsächlich sollen auf diese Art alle Hilfezahlungen an islamische Institutionen – auch für soziale Zwecke oder Erziehungseinrichtungen – verhindert werden.

Der Autonomie-Plan von Rabin sieht ein palästinensisches Bantustan vor. Die palästinensischen Arbeiter dürfen von ihren eigenen Leuten beliebig ausgebeutet werden, und Israel wird auch noch daran verdienen: Wegen des Billiglohns dürften auch ausländische Investitionen nicht ausbleiben. Immer weniger arabische Publikationen erscheinen, die ein Gegengewicht zur israelischen Regierungspropaganda bilden könnten: *Sanabel* – verboten. *Assil* – verboten. Der arabische Journalistenverband gibt ein nichtssagendes Bulletin heraus, das schon mit der Schere im Kopf zusammengestellt wurde. Es existiert einzig noch *Al-Fajir* (Jerusalem) und die Mitteilungen des schon erwähnten *Zentrum für Gesetz und Recht in Gaza* von Raja Sourani. Außerdem ein Bulletin von „Palestine Human Rights“, das aber leider immer Monate zu spät über Ereignisse berichtet.

Ha'aretz, 13.1.93 - Se'ev Shif: Die Irrtümer bei der Deportation

Sich darauf herauszureden, daß zum Zeitpunkt der Deportation schlechte Wetterbedingungen herrschten und die Armee unter Zeitdruck gestanden hätte, weshalb 11 Menschen irrtümlicherweise deportiert wurden, ist so, als wenn ein Arzt, nachdem er den falschen Kranken operiert hat, mit dem Hinweis auf Zeitdruck um Verständnis wirbt.

Bis heute, den 13.1.93, sind Wochen vergangen, und die irrtümlich Deportierten konnten noch nicht zurückkommen, sondern mußten bei Eis und Schnee in Zelten bleiben, weil Israel sich darauf versteift, daß sie nicht auf demselben Weg zurückkommen dürfen, auf dem sie deportiert wurden. Denn das würde ja bedeuten, daß Israel zugibt, daß sein Vorgehen illegal war.

Rabin am 23.12.92: „Ich selbst habe die Anweisung gegeben, Mörser in 500 m Entfernung auf die Deportierten abzuschießen.“

Rabins Rechnung ging nicht auf

Mit der Deportation wollte Rabin offenbar zweierlei erreichen: Zum einen wollte er die israelische Öffentlichkeit zufriedenstellen, die nach sechs Morden an Angehörigen der Sicherheitskräfte innerhalb von nur acht Tagen durch islamische Terroristen nach Rache schrie. Zum anderen wollte er den Menschen in den besetzten Gebieten zeigen, daß er bereit ist, „hart durchzugreifen“.

Rabin hat den Beschluß des UNO-Sicherheitsrates richtig vorhergesehen. Die Verurteilung war nicht schärfer als bei vorangegangenen Deportationen, als es sich noch um ein bis fünf Personen handelte. Rabin mag auch die Reaktionen der arabischen Länder richtig eingestuft haben, die außer Lippenbekenntnissen nichts unternahmen.

Völlig unterschätzt hat Rabin aber den tiefen Schock, den die Massendeportation bei der gesamten palästinensischen Bevölkerung, sowohl in Israel als auch in den besetzten Gebieten, über alle politischen Unterschiede hinweg ausgelöst hat. Eine Wunde, die nie richtig verheilt war, die Wunde der Massendeportationen von 1948 riß wieder auf. Die israelischen Araber führten einen eintägigen Proteststreik aus Solidarität mit den Deportierten durch, der überall befolgt wurde.

Jerusalem Post, 1.1.93 – **Interview mit Feisal Hussein**

J.P.: Viele palästinensische Führer, inklusive die der Friedensdelegation, haben kürzlich betont, daß nach den Deportationen die Mehrzahl der Palästinenser die Friedensgespräche ablehnen. Sind Sie auch dieser Meinung?

F.H.: Ja. Wir haben keine offizielle Umfrage gemacht. Aber für die Menschen, mit denen ich spreche, trifft dies sicherlich zu.

J.P.: Wie kann dann die palästinensische Delegation ohne Kredit an den Verhandlungstisch gehen?

F.H.: Der Friedensprozeß ist fast tot. Durch die Deportationen hat Rabin das Licht gelöscht und alles in Finster-

nis getaucht. Bis jetzt hat niemand eine Kerze angezündet und Licht in die Finsternis gebracht.

Als Rabin die Deportation plante, war er sich sicher, daß der Libanon die Menschen aufnehmen würde, wie es in der Vergangenheit immer geschehen war. Aber Israel hatte seit langem nicht mehr so viele Menschen auf einen Schlag deportiert, und im Libanon herrscht nicht mehr das totale Chaos, wie Israel es gewohnt war. Dazu kommt, daß die Libanesen selbst schon 1948 und 1971 (Schwarzer September) zwei große Wellen von palästinensischen Flüchtlingen in ihrem Land erlebt hatten, die das demographische und traditionelle politische Gleichgewicht in diesem kleinen Land erschütterten. Der Premierminister Harari erklärte: „Wir werden nicht länger die Müllkippe für Israels Abfall sein!“ (Was in palästinensischen Ohren auch nicht gerade freundlich klingt!)

Nach internationalem Recht trägt allein die israelische Regierung die Verantwortung für die Deportierten. Doch aus humanitären Gründen hätte die libanesische Regierung die Versorgung durch das Rote Kreuz zulassen sollen, um das Schicksal der ohnehin so hart getroffenen Menschen etwas zu erleichtern.

Hannah Arendt schrieb aus gutem Grund und eigener Erfahrung: „Menschenrechte bleiben solange eine schlechte, ja gefährliche Abstraktion, wie sie nicht in konkreten Staatsbürgerrechten institutionalisiert sind: Das einzige Menschenrecht, das für alle Menschen gilt, ist das ‚Recht, Rechte zu haben‘, d.h. Mitglied einer konkreten anerkannten Gemeinschaft zu sein.“

Die total inakzeptable Deportation der 415 angeblichen islamischen „Führungskräfte“ muß natürlich rückgängig gemacht werden. Ironischerweise hat indessen die inhumane, unmoralische, illegale und verabscheuungswürdige Aktion der Rabin-Meretz-Regierung zumindest einen positiven Effekt: Indem Rabin die islamische Hamas verteufelte, hat er – gegen seinen Willen – die PLO für viele Israelis im weitesten Sinne akzeptabler gemacht. Heute ist die Einstellung zu der Massendeportation ein Prüfstein: Hier muß man ohne „wenn“ und „aber“ Farbe bekennen. Durch internationalen Druck, eventuell auch Sanktionen muß Israel schnellstens zur Rücknahme seiner unmenschlichen Entscheidung gebracht werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt erscheint Optimismus verrückt. Aber was bleibt uns denn noch?

Der weitere hartnäckige Kampf für Frieden!!

